



Harald Leibrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede
zu den Anträgen

SPD - Stärkung der humanitären Lage in Afghanistan und der partnerschaftlichen Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen

Bündnis 90/Die Grünen - Für einen nachhaltigen Ausbau des Bildungs- und Hochschulsystems in Afghanistan

(TOP 13)

(6 Minuten)

am 14.04.2011

im Deutschen Bundestag

Herr Präsident,

meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesregierung hat mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen eine Neujustierung des deutschen Afghanistan-Engagements vorgenommen. Wir haben einen Wechsel hin zu einem stärkeren zivilen Wiederaufbau vollzogen und haben uns auch auf internationaler Ebene mit dem Ansatz durchgesetzt, dass der Afghanistan-Einsatz nicht rein militärisch zu gewinnen ist. Unser militärisches Engagement wird nur nachhaltig erfolgreich sein, wenn wir es mit größeren Anstrengungen zur Entwicklung des Landes verbinden.

Afghanistan ist ein Land, das jahrzehntelang von Kriegen gebeutelt wurde, indem staatliche Strukturen nur schwach ausgeprägt sind und das durch die Wirren des Krieges in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen wurde. Afghanistan belegt im aktuellen Index zur menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen (HDI) den vorletzten Platz von 182 Ländern. Ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Deshalb kann ich Ihnen nur zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie in Ihrem Antrag darauf aufmerksam machen, dass die Herausforderungen in Afghanistan enorm sind.

Deutschland stellt sich seiner Verantwortung für Afghanistan und die internationale Sicherheit. Wir haben die Mittel für das zivile Engagement in Afghanistan auf insgesamt 430 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt und damit im Vergleich zum Jahr 2008 verdoppelt. Wir sollten die Herausforderungen und Probleme in Afghanistan nicht klein reden, aber wir sollten auch die Fortschritte nicht ausblenden, die für viele Menschen spürbare Verbesserungen in ihrem Alltag mit sich bringen. Die Kindersterblichkeit ist signifikant gesunken und wir müssen uns weiter engagieren, damit sie weiter sinkt. Die Anzahl der Kinderheiraten (unter 15 Jahre) ist von 11 Prozent auf 3 Prozent zurück gegangen. Sieben Millionen Mädchen und Jungen wurden eingeschult, darunter ein Drittel Mädchen. In den nordafghanischen Provinzen, wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit schwerpunktmäßig tätig ist, haben wir die höchsten Einschulungsraten in ganz Afghanistan. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen hat sich seit Beginn des internationalen Einsatzes von rund 175 auf ca. 460 US-Dollar erhöht. Um diese Erfolge nicht zu gefährden, wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit selbstverständlich auch nach Abzug der Bundeswehr weiter in Afghanistan aktiv sein.

Die Bundesregierung hat ihr Engagement in Afghanistan spürbar verstärkt, aber sie stellt auch Anforderungen an die afghanische Regierung, was beispielsweise die Bekämpfung von Korruption und gute Regierungsführung angeht. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel hat bei seinem Besuch in Afghanistan vor knapp zwei Wochen zunächst nur Zusagen über die erste Hälfte der für 2011 im BMZ-Haushalt vorgesehen Mittel in Höhe von 240 Mio. Euro gemacht. Die Auszahlung der zweiten Tranche hat Dirk Niebel an messbare Fortschritte bei der Regierungsführung geknüpft. Der Bundesentwicklungsminister die ausdrückliche Unterstützung meiner Fraktion. Denn wir

dürfen im Sinne der hilfebedürftigen Menschen in Afghanistan und der deutschen Steuerzahler Misswirtschaft und Korruption nicht dulden.

Der hier vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist in einigen Punkten bereits überholt. So haben wir mit dem Provincial Development Fund mittlerweile ein Instrument, das sich dem Thema ländliche Entwicklung widmet und gleichzeitig lokale demokratische Entscheidungsverfahren fördert.

Ein weiterer Grund, weshalb die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann, ist, dass er sich grundsätzlich gegen das Konzept der vernetzten Sicherheit ausspricht. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen unterstützen dieses Konzept, weil die Entwicklungserfolge nachweislich dort am größten sind, wo die Sicherheitslage stabil ist. Die SPD-Fraktion kommt ja selbst zu dem Schluss, dass sich Sicherheit und Entwicklung gegenseitig bedingen.

Nichtregierungsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des Landes. Ihre Arbeit ist dabei mit großen Risiken behaftet. Die Bundesregierung fördert deren Tätigkeiten deshalb vorrangig dort, wo der Schwerpunkt des deutschen Engagements liegt, also im Norden. Dabei geht es nicht um eine Unterordnung ziviler Kompetenzen unter militärische Prämissen, sondern um eine bessere Zusammenarbeit und Abstimmung von zivilem und militärischem Engagement. Es gibt Organisationen, die dieses Potential erkannt haben, wie z.B. die Stuttgarter Initiative Kinderberg International.

Die Bundesregierung hat die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2010 deutlich gestärkt. Mit dem NRO-Fazilitätsfonds wurden im Jahr 2010 10 Mio. Euro für die Förderung von Projekten privater deutscher Träger zur Verfügung gestellt. Im letzten Jahr wurden die bereitgestellten Mittel vollständig abgerufen. Ich denke, dies zeigt, dass wir der Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen eine hohe Bedeutung zu messen. Auch 2011 stellen wir erneut 10 Mio. Euro für die NRO-Fazilität zur Verfügung.

Um in Afghanistan nachhaltige Erfolge zu bewirken, müssen alle beteiligten Akteure koordiniert und zielorientiert zusammenarbeiten. Dies gilt für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, für die Bundeswehr und für nichtstaatliche Akteure gleichermaßen. Wenn alle an einem Strang ziehen, können wir in Afghanistan konkrete Fortschritte erzielen, die den Menschen vor Ort zugute kommen.

Vielen Dank.